

Landesfrauenrat Baden-Württemberg
Gymnasiumstrasse 43
70174 Stuttgart

Marco Hageloch
Referent Grundsatz
Marco.hageloch@cdu-bw.de
Tel.: +49 711 66904-31

Stuttgart, 16. Februar 2026

Ihr Schreiben „Wahlprüfsteine zur Landtagswahl 2026“

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Mackenstedt,

herzlichen Dank für Ihr Interesse an den politischen Positionen und Zielen der CDU Baden-Württemberg. Es freut uns, dass Sie sich für unsere Arbeit interessieren und den Dialog mit uns suchen. Wir schätzen den Austausch mit Verbänden sehr. Es ist unser aller Anliegen, Baden-Württemberg wieder gemeinsam nach vorne zu bringen.

Gerne gehen wir daher auf die von Ihnen aufgeworfenen und an uns gerichteten Fragen ein – Sie finden unsere Antworten unten.

Gerne darf ich Sie an dieser Stelle auch auf unser Regierungsprogramm „Agenda der Zuversicht – Unser Land in guten Händen“ hinweisen. In einem breit angelegten Beteiligungsprozess haben wir dieses Programm gemeinsam mit Bürgern, Verbänden und Experten erarbeitet. Sie können das Programm unter folgendem Link herunterladen: <https://www.cdu-bw.de/regierungsprogramm/>

Weiterführende Informationen zur aktuellen Arbeit der CDU Baden-Württemberg und einen Überblick über aktuelle Positionspapiere und Beschlüsse finden Sie bis dahin auf den Websites unserer Fraktion unter <https://cdufraktion-bw.de/positionen/> und unserer Partei unter <https://www.cdu-bw.de/ueber-uns/beschluesse/>

Für Ihr Engagement danken wir Ihnen und wünschen für die weitere Arbeit alles Gute. Wir freuen uns auf den weiteren Austausch.

Mit freundlichen Grüßen
Marco Hageloch

1. Entwicklung und Umsetzung einer Ressortübergreifenden Gleichstellungsstrategie

Konkrete Frage: Werden Sie die noch in der laufenden Legislaturperiode beschlossene Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie direkt umsetzen?

Unsere Forderungen: Diese Querschnittsaufgabe darf nicht in Einzelressorts versanden. Nur wenn das Staatsministerium die Gesamtverantwortung übernimmt, die Umsetzung einfordert und gezielt nachverfolgt, kann ein struktureller Wandel gelingen.

Antwort:

Die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie ist als ein gemeinsamer Rahmen, mit dem die Gleichstellung von Frauen und Männern in Baden-Württemberg systematisch in allen Politikfeldern strukturell verankert und koordiniert umgesetzt werden soll, deutlich mehr als ein bloßer Maßnahmenkatalog. Sie definiert gemeinsame Ziele, Handlungsfelder und Indikatoren, um strukturelle Benachteiligungen abzubauen, die Teilhabe von Frauen – auch in Führungspositionen und Gremien – zu stärken und Fortschritte messbar zu machen. Diesen Weg wollen wir als CDU konsequent weitergehen.

Die Gleichstellungsstrategie sieht ausdrücklich ein kontinuierliches Monitoring gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen und deren Auswirkungen auf den Gleichstellungsfortschritt vor. Im Lichte der dabei gewonnenen Erkenntnisse wird sie angepasst und nötigenfalls nachgeschärft werden.

Wo eine neue Koalition die Strategie im Kabinett ansiedelt und ob dabei auch eine zentrale Koordinierungsstelle für notwendig erachtet wird, ist heute noch nicht absehbar. Wir sind überzeugt davon, dass die Ressorts auch ohne zentrale Koordinierungsstelle ihrer Verantwortung für die Stärkung der Gleichstellung von Frauen und Männern gerecht werden.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass nach unserer Überzeugung nachhaltige Gleichstellung nicht allein durch formale Regelungen und einen möglichst starken Einsatz finanzieller Mittel erreicht werden kann, sondern wesentlich auch eine Frage von Haltung, Organisationskultur und gesellschaftlichen Wertvorstellungen ist. Gesetzliche und politische Vorgaben können wichtige Rahmenbedingungen setzen und strukturelle Benachteiligungen adressieren; sie

sind jedoch nur begrenzt wirksam, wenn sie nicht von einem breiten gesellschaftlichen Konsens und einer gelebten Praxis getragen werden. Nachhaltige Gleichstellung entsteht daher weniger durch verordnete Maßnahmen als durch fortlaufende gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, in denen Rollenbilder, Machtverhältnisse und Verantwortlichkeiten reflektiert werden. Dafür bietet die Ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie viele Impulse.

1. Umsetzung des Gewalthilfegesetzes in Baden-Württemberg

Konkrete Frage: Wie werden Sie damit umgehen, dass in Baden-Württemberg bereits vielfach in der Gleichstellung gekürzt wird, sogar Beratungs- und Hilfsangebote im Hinblick auf das GewHG abgebaut werden?

Unsere Forderungen: Die Bereitstellung ausreichender Haushaltsmittel sowie die Einbindung zivilgesellschaftlicher Fachorganisationen sind unabdingbar. Gewaltprävention – insbesondere gegenüber Frauen und Mädchen – muss ressortübergreifend durch Innen, Justiz-, Sozial- und Kultusministerium koordiniert werden.

Antwort:

Wir stehen klar für den Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt, für die Umsetzung der Istanbul-Konvention sowie für ein flächendeckendes, verlässliches und dauerhaft finanziertes Hilfesystem aus Frauenhäusern und Fachberatungsstellen.

Die Haushaltsmittel für den Schutz von Frauen vor Gewalt wurden gerade auch dank uns als CDU in der zu Ende gehenden Wahlperiode auf 16,1 Mio. Euro pro Jahr erhöht. Hiermit werden unter anderem Schutzplätze in Frauen- und Kinderschutzhäusern sowie vier Gewaltambulanzen im Land ermöglicht. Mit dem modernisierten Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2025 werden zudem die rechtsverbindlichen Vorgaben des Übereinkommens des Europarats zum Schutz vor geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt in praktische Maßnahmen übersetzt. Ein weiterer Meilenstein war die Verabschiedung des Gesetzes zum besseren Schutz vor Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und Gefahren aufgrund häuslicher Gewalt. Das Gesetz erweitert die Möglichkeiten der Aufenthaltsüberwachung per Fußfessel deutlich. Ergänzend wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, um gefährdeten Personen – mit ihrer

Zustimmung – ein technisches Mittel zur Verfügung zu stellen, welches deren Aufenthaltsort mit den Daten über den Aufenthaltsort des Störers oder der Störerin automatisch abgleicht, um so mögliche Schutzmaßnahmen schneller ergreifen und Verstöße gegen Annäherungs- oder Aufenthaltsverbote überprüfen zu können.

Den so eingeschlagenen Weg werden wir mit der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes konsequent weitergehen. Das Gewalthilfegesetz setzen wir eng abgestimmt mit dem Bund und den Kommunen um – insbesondere mit Blick auf klare Zuständigkeiten und eine tragfähige Finanzierung, damit Schutz und Hilfe vor Ort dauerhaft gesichert sind.

Gleichzeitig setzen wir auf konsequente Prävention. Dazu gehören verbindliche Fortbildungen, eine enge Vernetzung von Polizei, Justiz, Gesundheits- und Sozialwesen, sichtbare Öffentlichkeitsarbeit, die Gewalt frühzeitig vorbeugt, und auch die elektronische Aufenthaltsüberwachung nach dem Spanischen Modell. Unser Ziel ist ein wirksames Gesamtsystem, das schützt, unterstützt und Gewalt entschieden entgegentritt.

2. Novellierung des ChancenG

Konkrete Frage: Warum wurde die Novellierung des ChancenG in der laufenden Legislaturperiode nicht umgesetzt?

Unsere Forderungen: Die Umsetzung der 16 Handlungsempfehlungen aus der Evaluation des ChancenG vom Januar 2022 ist zwingend erforderlich, um die Gleichstellung im öffentlichen Dienst zu sichern und Rückschritte zu verhindern.

Antwort:

Der Evaluationsbericht zum Chancengleichheitsgesetz stellt eine ganze Reihe positiver Entwicklungen hin zu mehr Gleichstellung zwischen Frauen und Männern im öffentlichen Dienst fest, zeigt allerdings auch noch Entwicklungspotenziale auf. Die Aussagen der Evaluation sind eindeutig: Das Chancengleichheitsgesetz wirkt grundsätzlich, reicht aber allein nicht aus, es braucht stärkere Steuerung, bessere Umsetzung und ergänzende Maßnahmen.

Nachdem das grün-geführte Sozialministerium sich in der zu Ende gehenden Wahlperiode auf die Umsetzung kurz- und mittelfristiger Maßnahmen beschränkt

hat, wird in der nächsten Wahlperiode auch über gesetzliche Änderungen zu diskutieren sein.

3. Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung beim Schwangerschaftsabbruch

Konkrete Frage: Welche Antworten haben Sie zum Forderungspapier „ELSA-Studie zeigt deutliche Lücken im Versorgungsnetz und Handlungsbedarf“, das wir zusammen mit pro familia und der LAG der Gleichstellungsbeauftragten versandt hatten?

<https://www.lfrbw.de/veroeffentlichungen/stellungnahmen>

Unsere Forderungen: Frauen in Notlagen benötigen wohnortnahe und verlässliche medizinische Versorgung. Gleichzeitig stärkt dies auch das Fachpersonal in einem zunehmend herausfordernden Arbeitsfeld.

Antwort:

Die ELSA-Studie liefert wichtige empirische Hinweise auf regionale Unterschiede und mögliche Zugangsprobleme innerhalb bestehender Versorgungsstrukturen. Diese Befunde nehmen wir ernst. Zugleich halten wir eine differenzierte Betrachtung für notwendig.

Aus unserer Sicht liegt der Schwerpunkt daher auf der gezielten Weiterentwicklung und Stärkung bestehender Strukturen. Wir halten es für sinnvoller, vorhandene medizinische und psychosoziale Angebote besser zu vernetzen, ihre Erreichbarkeit zu verbessern und punktuell dort zu unterstützen, wo tatsächlich Versorgungsdefizite bestehen, anstatt pauschal zusätzliche Strukturen aufzubauen. Eine nachhaltige Verbesserung kann nur gelingen, wenn sie in eine umfassende Strategie zur Sicherung einer flächendeckenden Gesundheitsversorgung eingebettet ist – insbesondere in ländlichen und strukturschwächeren Regionen, in denen sich auch in anderen medizinischen Bereichen Versorgungsfragen stellen.

Zentral ist für uns zudem die Stärkung des Fachpersonals. Eine verlässliche Versorgung hängt maßgeblich von gut ausgebildeten, motivierten und ausreichend verfügbaren Ärztinnen, Ärzten und weiteren Gesundheitsberufen ab. Für uns als CDU ist es dabei allerdings wichtig, deren individuelles Handlungsverweigerungsrecht zu respektieren.

Politische Entscheidungen müssen auf einer sorgfältigen und sachlichen Analyse beruhen. Wir befürworten daher eine kontinuierliche Evaluation der Versorgungssituation und einen konstruktiven Dialog mit allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren, um praktikable und ausgewogene Lösungen zu entwickeln.

Frauen in Notlagen benötigen eine verlässliche und angemessen erreichbare medizinische Versorgung – dieses Ziel teilen wir ausdrücklich. Entscheidend ist deshalb, dass Maßnahmen strukturell tragfähig sind, regionale Besonderheiten berücksichtigen und die Gesamtversorgung stärken. Als CDU setzen wir uns weiterhin für eine verantwortungsvolle, faktenbasierte und am Gemeinwohl orientierte Gesundheitspolitik ein, die sowohl die Bedürfnisse der betroffenen Frauen als auch die langfristige Stabilität unseres Gesundheitswesens im Blick behält.

4. Entwicklung von Strategien gegen Antifeminismus und Rechtspopulismus

Konkrete Frage: Welche Strategie werden Sie in Ihrem Regierungsteam konkret anwenden, um antifeministische Entwicklungen (Hate speech, Femizide) zu stoppen und Frauen zu fördern?

Unsere Forderungen: Antifeministische Haltungen gefährden nicht nur die Gleichstellung, sondern auch die demokratische Ordnung insgesamt. Was im Privaten entwertet wird, spiegelt sich im Politischen wider – und umgekehrt.

Antwort:

Für uns steht der Schutz von Frauen vor Gewalt, Missbrauch, Menschenhandel und Ausbeutung an oberster Stelle. Passgenaue Schutzkonzepte, die enge Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Sozialbehörden und Beratungsstellen sowie eine klare Haltung gegen jede Form von Gewalt und Ausbeutung sind für uns deshalb unverzichtbar. Wir setzen auf konsequente Strafverfolgung, wirksame Prävention und verlässliche Hilfestrukturen. Dazu gehört ein flächendeckendes Netz niedrigschwelliger Schutz- und Beratungsangebote durch spezialisierte Fachstellen sowie sichere Frauenhäuser.

Gleichzeitig wissen wir, dass nachhaltiger Schutz nur in einem starken gesellschaftlichen Zusammenhalt gelingt. Wir treten rassistischen, sexistischen und extremistischen Einstellungen entschlossen entgegen – durch Bildung, Prävention, politische Bildung und Wertevermittlung sowie durch die konsequente Durchsetzung unseres Rechtsstaats. Ziel ist verantwortungsbewusste Teilhabe auf Grundlage unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung; sie lebt vom Respekt vor der Würde jedes Menschen und von gemeinsamen Regeln.

Unser Ziel ist ein ganzheitlicher Ansatz, der Schutz, Prävention und gesellschaftlichen Zusammenhalt miteinander verbindet und allen Frauen ein Leben frei von Gewalt und Ausgrenzung ermöglicht.

5. Einführung des Nordischen Modells zur Bekämpfung von Ausbeutung in der Prostitution

Konkrete Frage: Warum wird Deutschland „Das Bordell Europas“ genannt?

Unsere Forderungen: Dieses Modell setzt auf ein Verbot des Sexkaufs, während es die Betroffenen schützt und ihnen Ausstiegshilfen sowie Aufklärung über einvernehmliche Sexualität bietet.

Antwort:

Die vielfach vorzufindende Verflechtung der Organisierten Kriminalität mit dem Prostitutionsmilieu zeigt den Handlungsbedarf. Tausende Frauen und Mädchen werden verschleppt, erniedrigt und gezwungen, ihren Körper zu verkaufen. Die CDU Baden-Württemberg hat sich auf dem Landesparteitag 2024 daher für die Einführung des sogenannten Nordischen Modells in der Bundesrepublik Deutschland ausgesprochen. Dies ermöglicht ein konsequentes Vorgehen gegen Prostitution und Menschenhandel, ohne die betroffenen Prostituierten zu kriminalisieren. Flankiert werden muss das Nordische Modell durch Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie Ausstiegshilfen.